

Der Reichstagsausschuß über die Heeres-Lieferungen.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlungen des Reichshauswirtschaftsausschusses erklärte Oberst v. Briesberg: Um die Jahreswende 1914-15 wurden durch Revision der Verträge sehr große Summen gespart. Die Industrie klagt über den Druck, den das Kriegsministerium auf die Preise ausübt, einzelne Unternehmungen weisen nach, daß sie nicht mehr ihre Unkosten decken.

General v. Dyen: Den noch vorhandenen Beständen an Ausrüstungsgegenständen wird nachgegangen; wenn irgend möglich, werden sie abgenommen. Schundware können wir natürlich nicht abnehmen.

Ein Vertreter des Reichsmarineamts betont, daß die gezahlten Preise durchgängig genau die gleichen seien wie im Frieden.

Ein konservativer Redner hebt hervor, daß das Kriegsministerium sich zu Beginn des Krieges in einer gewissen Notlage befunden habe, es sei aber anzuerkennen, daß inzwischen eine Besserung eingetreten ist. Der Redner hält es nicht für nützlich, wenn die Bundesstaaten anfangen, Leistungen, Verluste und Gewinne gegeneinander aufzurechnen.

Ein Zentrumredner hält es für bedenklich, daß eine Verschlebung der Vermögen aus industriearmen Gegenden nach den großen Industriezentren hin stattfindet. Den industriearmen Gegenden werde es später schwer sein, ihre Aufgaben zu erfüllen. Hier komme auch der Geist der Reichsverfassung in Frage. Die Auskunft des Kriegsministeriums genüge nicht, da in der Praxis die Ausgleichsmöglichkeiten nicht genügend ausgenützt würden. Die ersten Stickstoff-Fabriken hätten wohl so angelegt werden müssen, wie dies geschehen ist, die dritte Fabrik aber hätte Banger z. halten müssen, denn auch dort gebe es Braunkohlenlager. Der Redner bringt noch eine Anzahl Beschwerden über mangelhafte Berücksichtigung Bayerns vor.

Der Reichsschatzsekretär Graf von Roedern erwidert, daß eine schnelle Steigerung der Stickstoffherzeugung, wie die Beratungen hierüber ergeben hätten, nur durch eine Vergrößerung der bestehenden Fabriken zu erreichen sei. Sonst würde sie viel teurer zu stehen kommen und außerdem eine schlimme Verzögerung erleiden. Im übrigen werde bei allen Neuanlagen den Wünschen auf Zentralisierung Rechnung getragen werden.

Ein Redner der fortschrittlichen Volkspartei führt aus: Bei der Stickstoffherzeugung muß an der bisherigen Politik festgehalten werden. Bayern stünde günstiger da, wenn es seine Wasserkräfte früher ausgebaut hätte. Es ist auch nicht leicht, Fabriken ohne weiteres zu verpflanzen, da man außer den Anlagen auch einen Stamm geschulter Arbeiter braucht. Der Redner kommt auf die Vergebung der Lieferung von Maschinenengewehrschlössern zurück und verlangt, daß die Aktien des Breslauer Prozesses in dieser Angelegenheit eingefordert werden. Hinsichtlich der Spirituspreise hat uns Herr von Baloldi an die Heeresverwaltung verwiesen. Wir lassen uns nicht von Pontius zu Pilatus schicken.

Oberst von Briesberg erwidert, daß die Frage der Spirituspreise am Montag ihre Erledigung finden solle.

Der Reichsschatzsekretär teilt mit, daß gegenwärtig versucht werde, eine Uebersicht der investierten Kapitalien zusammenzustellen.

Ein nationalliberaler Redner führt aus, daß dort, wo eine schnelle Produktionssteigerung notwendig sei, allein dieser Gesichtspunkt für die Frage entscheidend sein müsse, ob bestehende Fabriken erweitert oder Neuanlagen geschaffen werden sollen. In den anderen Fällen müßten die anderen noch mit spielenden volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte berücksichtigt werden, selbst wenn das fiskalische Interesse dabei nicht voll gewahrt werde.

Die Riesengewinne der Lieferanten.

In der ersten Zeit des Krieges hätte das Geld keine Rolle gespielt, sodas die Lieferanten sich selbst über die bewilligten hohen Preise gewundert hätten. Erfreulicherweise sei eine Besserung eingetreten in dem ungläublichen Zwischengewinstwesen, an dem sich geschäftstüchtige Damen und Herren nicht immer einwandfreier Art beteiligt hätten. Vielleicht müsse man die Sätze der Kriegsgewinnsteuer noch erhöhen. Nachdem die Preise aber einmal heruntergedrückt seien, dürfe man jetzt nicht ins gegenteilige Extrem verfallen. Es gebe auch in Not befindliche Industriezweige.

Der Redner kritisiert die Verordnungen über die Preisfestsetzungen und erklärt die Vorschriften über angemessene Preise als unhaltbar. Es werde nicht berücksichtigt, daß bei der Textilindustrie die Verhältnisse anders lägen als in der Schwerindustrie. Zu tadeln sei das Verhalten des Oberkommandos in den Marken gegenüber der Firma Cords. Wie könne man angesichts eines so scharfen Vorgehens die großen Gewinne der Munitionslieferanten verteidigen?

Der Kriegsminister erwidert, daß zwischen dem Kriegsministerium und den Vertretern der Textilindustrie verhandelt sei. Die Sache werde weiter verfolgt. Die Vertragsprüfungsstelle werde hoffentlich dazu beitragen, viele Klagen der Industrie zu beseitigen.

Es soll nicht mehr verdient werden als im Frieden!

Major Köth: Wenn man den Streit über die Kriegslieferungen anhört, kann man nur denken: armes Kriegsministerium! Es muß immer zwischen den verschiedenen Interessen laviert werden. Die Verordnung über die Verkaufspreise mußte herauskommen, um das Emporschnellen der Preise zu verhindern. Die Industrie ist dabei gehört worden. Wir gehen von dem Grundsatz aus, es soll nicht mehr verdient werden als im Frieden. Es muß aber unterschieden werden zwischen den Industrien, die für den Heeresbedarf arbeiten, und denen, die die Zivilbevölkerung versorgen. Bei den Preisen treibt ein Artikel den anderen, deshalb mußte die Verordnung sich auch auf sogenannte Luxusartikel erstrecken; eine Differenzierung ist hier unmöglich. Wir gestehen zu, daß bedauerliche Mißgriffe der Revision vorgekommen sind, aber gänzlich verzichten kann man auf Revisionen nicht. Ihnen verdanken wir zum Beispiel die Aufhebung der Unregelmäßigkeiten in der Kriegsleidergesellschaft. Es ist von einer Seite verlangt worden, wir sollten Sachverständige heranziehen. Wenn die Sachverständigen erst da sind, dann sind sie der Industrie auch nicht angenehm.

Ministerialdirektor Müller gibt Auskunft über die Kriegswirtschaftsaktiengesellschaft und die geschichtliche Entwicklung ihrer Funktionen, über ihr Verfahren und über den Verteilungsmodus für Rohstoffe.

Major Köth geht nochmals auf die Frage der Beschlagnahme ein. Obwohl die Beschlagnahme drohte, seien die Preistreibereien der Industrie immer weitergegangen. Die Fälle, in denen Verluste entstanden sind, seien überaus zahlreich; sie im einzelnen zu untersuchen, dazu reiche das Material nicht aus.

Ein Redner der Deutschen Fraktion lobt, daß Praktiker in die Bürokratie hineingezogen würden. Man solle auch prüfen, ob die Produktionskosten richtig berechnet sind, denn davon hänge alles übrige ab. Vielfach bestehe eine prinzipielle Abneigung des Kriegsministeriums gegen die Wünsche der Industrie.

Ein Zentrumsantrag.

Vom Zentrum läuft ein Antrag ein, den Herr Reichskanzler zu erlösen

1. Dem Reichstag bei jedem Zusammentritt eingehende Aufstellungen zugehen zu lassen über die Verteilung der Heeres- und Marineleistungen auf die einzelnen Bundesstaaten;

2. dahin zu wirken, daß die Lieferungen möglichst gleichmäßig auf alle Bundesstaaten verteilt werden;

3. daß die vom Reich unterstützten Neuannehmungen für Heereszwecke gleichfalls zunächst allen Bundesstaaten zugute kommen und Verschiebungen in der Steuerkraft der einzelnen Bundesstaaten möglichst vermieden werden.

Ein Zentrumredner begründet den Antrag und führt aus, es wäre zu wünschen, daß nach den Hauptorten der Kriegsindustrie aktive Offiziere geschickt würden, um gute Fühlung mit der Industrie zu halten.

Der Kriegsminister erklärt zu Ziffer 1 des Zentrumsantrages, daß man auf das Wort „eingehend“ nicht so großen Wert legen solle, die Sache sei außerordentlich schwierig, es werde geschehen, was möglich ist. Die vom Vorredner gewünschten detachierten Offiziere wären schon vorhanden, auch Beiräte existieren schon. Was die Preisfestsetzung anbelange, so könne man sich bei neuentstandenen Mitteln und Fabriken doch nur an die Selbstkosten halten.

Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei stimmt dem Antrag des Zentrums mit einer Einschränkung zu.

Von nationalliberaler Seite wird zu dem Zentrumsantrag ein Zusatzantrag gestellt, hinter dem Wort „Bundesstaaten“ in Ziffer 2 einzufügen die Worte „innerhalb ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“.

Ein konservativer Redner findet, daß in dem Zentrumsantrag Unstimmigkeiten enthalten seien, da es auch innerhalb Preußens ganz verschiedene Verhältnisse gebe.

Ein sozialdemokratischer Redner erklärt, daß auch seine Partei Bedenken gegen den Antrag hege, gleichwohl aber dafür stimmen werde. Das Kriegsministerium solle sich auch um die Ernährung der Arbeiter in den Betrieben der Kriegsindustrie kümmern.

Oberst von Briesberg erklärt, daß in den staatlichen Betrieben die Ernährungsfrage gelöst sei. Hier sei auch die Verbindung mit den Arbeiterausschüssen hergestellt.

General von Dyen: Wir schenken der Ernährungsfrage hinsichtlich der Arbeiter der gesamten Kriegsrüstungsindustrie fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit. Zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit sollten diesen Arbeitern die erforderlichen Zulagen gegeben werden.

Ein sozialdemokratischer Redner verlangt für die Arbeiter der Kriegsindustrie die Berabfolgung warmen Essens ohne Anrechnung auf ihre Brot- und Fleischmarken. Redner fragt an, was an der Behauptung wahr sei, daß seitens der Fabriken bei der Abgabe von Nahrungsmitteln an ihre Arbeiter Gewinne gemacht würden.

Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erklärt die Klagen der Arbeiter in der Kriegsindustrie über schlechte Ernährung für berechtigt.

Abstimmung über die Anträge.

Die Debatte ist damit beendet; in der Abstimmung wird der vorerwähnte Zentrumsantrag mit der nationalliberalen Abänderung angenommen. Angenommen wird auch ein weiterer Antrag des Zentrums, der den Reichskanzler ersucht, dahin zu wirken, daß die Heeresverwaltung die bei Beendigung des Krieges für sie entbehrlich werdenden Pferde, Fahrzeuge und Geräte an Berufsvereinigungen der Landwirte und Gewerbetreibenden zu billigsten Preisen veräußert.

Hierzu erklärt Oberst v. Briesberg: Die Demobilisierung ist schon fertig vorbereitet. Grundsatz ist: keine Verschleuderung der Vorräte; zuerst müssen die Bevölkerungskreise besonders berücksichtigt werden, die alles hergegeben haben in Landwirtschaft, wie in der Industrie.

Darauf vertagt sich die Kommission auf Montag vormittag. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der am Freitag abgebrochenen Debatte über Ernährungsfragen.